



Medienmitteilung

Embargo: 28. August 2007, 11 Uhr

Armut von Kindern und Jugendlichen: eine soziale Zeitbombe!

«Jung und arm: das Tabu brechen!» heisst der neueste Bericht der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ), der am 28. August den Medien vorgestellt wird. Darin prangert die Kommission die zunehmende materielle Unsicherheit an, von der ein wichtiger und unvermuteter Teil der Gesellschaft betroffen ist: Fast 45% der Sozialhilfeempfänger/innen in der Schweiz sind heute Kinder und Jugendliche.

Um diese besorgniserregende und oft verkannte Realität zu erhellen, rückt die EKKJ Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt. Sie sollen nicht mehr nur als Teil einer armutsbetroffenen Familie, sondern für sich selbst wahrgenommen werden. Die EKKJ fordert eine echte nationale Politik zur Bekämpfung von Armut, um die tickende gesellschaftliche Zeitbombe zu entschärfen. Die Kommission erhebt eine Reihe von politischen Forderungen, die auf das Kleinkindalter, Bildung, Gesundheit und Familienpolitik zielen.

Armut und soziale Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen sind in der Schweiz immer noch Tabuthemen. Neuesten Zahlen zufolge sind aber fast 45% aller Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger in der Schweiz jünger als 25 (gegenüber 1,5% die älter als 65 sind). Ihre Eltern sind arbeitslos, sie leben mit alleinerziehenden Eltern, haben einen Migrationshintergrund oder wachsen mit mehr als zwei Geschwistern auf. Noch fataler für die Zukunft ist allerdings die Tatsache, dass 70% der jugendlichen Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger keine Berufsausbildung abgeschlossen haben.

Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration der jungen Generationen ist für die Zukunft der Schweiz von enormer Bedeutung. Die EKKJ verlangt, dass die Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut auf nationaler Ebene mit höchster Priorität angegangen wird. Um Armut zu verhindern und ihre Folgen zu bekämpfen, schlägt die Kommission u.a. folgende Massnahmen vor:

- Stärkeres Engagement der öffentlichen Hand in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, um die familienergänzende Kinderbetreuung im vorschulischen und schulergänzenden Bereich massiv auszubauen; gleicher Zugang für alle zum gesamten Leistungsangebot, unabhängig vom soziökonomischen und kulturellen Hintergrund der Familie
- Hausaufgabenhilfe flächendeckend einführen und so Schülerinnen und Schüler mit schulischen und sozialen Problemen unterstützen
- Verantwortung des Staates bei der beruflichen Integration von Jugendlichen stärken: Jugendliche sollen ab der Mittelstufe 1 bis zur dauerhaften Integration in die Arbeitswelt betreut und gecoacht werden.
- Kreditinstitute dazu anregen, 1% des Umsatzes für Budget- und Schuldenberatung einzusetzen.
- Einführung von Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien in allen Schweizer Kantonen
- Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche schaffen und ihnen die Möglichkeit bieten, sich gesund und ausgewogen zu ernähren.

Kinder- und Jugendarmut ist kein unabwendbares Schicksal. Deshalb setzt sich die EKKJ für eine nationale Politik zur Bekämpfung der Armut ein, damit mittelfristig verheerende soziale Folgen ausbleiben. Es ist an der Zeit, den Generationenvertrag zu Gunsten der Jungen zu überdenken.

EIDGENÖSSISCHE KOMMISSION FÜR KINDER- UND JUGENDFRAGEN – www.ekkj.ch

Auskünfte:

Tel. 031 322 79 80
079 443 85 67
Tel: 079 734 75 64
Tel. 022 418 24 60

Andrea Ledergerber, Sekretärin der EKKJ, Bundesamt für Sozialversicherungen,
E-Mail: ekkj-cfej@bsv.admin.ch; Bericht abrufbar unter www.ekkj.ch
Anne Sax, Vizepräsidentin der EKKJ
Pierre Maudet, Präsident der EKKJ